

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

das lange Schweigen der Kanzlerin war unsäglich. Erst einen Tag vor Beginn der internationalen Afghanistan-Konferenz hat sie auf unseren Druck hin Parlament und Öffentlichkeit erklärt, mit welchem Konzept die Regierung nach London reisen will. Die fünf Pressekonferenzen von Merkel und ihren Ministern lassen jedoch Zweifel aufkommen, wie nachhaltig der angekündigte Strategiewechsel in Afghanistan ist. Wir haben die Richtung für eine künftige Afghanistan-Strategie vorgegeben: erst mit Frank-Walter Steinmeiers 10-Punkte-Plan, dann mit unserem Antrag anlässlich der ISAF-Verlängerung und letzte Woche mit unserer Afghanistan-Konferenz. Unsere Kernforderungen hat Merkel sich nun zu eigen gemacht: Verstärkter Wiederaufbau, mehr Ausbildung von Sicherheitskräften und eine Abzugsperspektive für die Bundeswehr. Die Ankündigung zusätzlicher 850 Soldaten sehen wir mit großer Skepsis. Die Begründung, wofür diese Soldaten gebraucht werden, ist die Regierung ebenso schuldig geblieben, wie klare Ziele und einen definierten Zeitraum für den Abzug. Sigmar Gabriel hat ihr deutlich gemacht, wovon unsere Zustimmung für ein geändertes ISAF-Mandat abhängt.

Zur Belegung der Wirtschaft glaubt die Regierung weiter an das Märchen von Steuersenkungen, die alles beflügeln. Von Innovationen und sozialer Verantwortung keine Spur. Klare Regeln für den Finanzmarkt und Grenzen für Spekulationen – weit gefehlt. Nichts als leere Worte, Kniefälle vor Lobbyisten und Schweigen vor der Wahl in NRW. Wege aus der Krise sucht Merksels Truppe vergeblich und überlässt Beschäftigte ihrem Schicksal. Wir haben mit unseren Initiativen in dieser Woche gezeigt, wie die sozialdemokratische Alternative zu Klientelpolitik, Verschuldung, sozialer Spaltung und schwarz-gelbem Chaos aussieht. Wir haben einen Antrag für eine nachhaltige Wirtschaftsstrategie, die auf Innovation, gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit setzt, ins Parlament eingebracht. Mit weiteren Anträgen fordern wir die Einführung der Finanztransaktionssteuer und die Eindämmung von Spekulationen, verlangen von der Regierung, ihr Geschenk an die Hoteliers zu stornieren und zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Krise die Konditionen für Kurzarbeit zu verbessern.

Die gestrige Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts gegen den Postmindestlohn zeigt erneut: ein flächendeckender Mindestlohn muss her. Dass Schwarz-Gelb Dumpinglöhnen für Briefzusteller entgegentritt, ist nicht zu erwarten. Sie setzen auf das freie Spiel des Marktes. Auch die Entsolidarisierung in der gesetzlichen Krankenversicherung treibt Schwarz-Gelb mit den Zusatzbeiträgen weiter voran. Diese einseitige Belastung der Versicherten hat die Union gegen unseren Widerstand in der Großen Koalition durchgedrückt und setzt nun nur auf die Möglichkeit dieser kleinen Kopfpauschale, anstatt Pharmakonzerne und Apotheken in die Schranken zu weisen. Dazu werden wir Gesundheitsminister Rösler heute in der Aktuellen Stunde auf den Zahn fühlen. Es zeigt sich immer wieder: Schwarz-Gelb setzt die Zukunft unseres Landes und den sozialen Zusammenhalt aufs Spiel. Es kommt auf uns an, sie immer wieder zu stellen.

Eure Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE ANJA LINNEKUGEL, NICOLA HELLER, VERA NICOLAY, STEFAN SCHUTZ
TELEFON (030) 227-530 48 E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 29.1.2010, 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02 Topthema: Afghanistan-Einsatz braucht klare Perspektive	06 Lasten der Krise gerecht verteilen – Spekulationen eindämmen
03 Konditionen für Kurzarbeit verbessern	07 Geschenk an Hoteliers rückgängig machen
04 Ferienjobs nicht als regelmäßiges Einkommen anrechnen	08 Sexuelle Identität im Grundgesetz schützen
05 Abschiebungen nach Syrien beenden	08 Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen
05 Kinder wirksamer schützen	09 Nachhaltige Wirtschaftsstrategie gefordert

TOPTHEMA

Afghanistan-Einsatz braucht klare Perspektive

Am 27. Januar hielt die Kanzlerin endlich auf unser Drängen hin ihre Regierungserklärung zur internationalen Afghanistan-Konferenz in London. In seiner Erwiderung begrüßte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, dass Schwarz-Gelb nach wochenlangem Ringen um eine Afghanistan-Strategie nun Kernforderungen der Sozialdemokraten übernommen hat. Als „Last-Minute“-Entscheidung wollen nun auch Union und FDP die Aufstockung der Mittel für den Wiederaufbau, mehr Ausbildung von Sicherheitskräften und eine Abzugsperspektive. Für die Zustimmung der SPD zu einem veränderten ISAF-Mandat benannte Gabriel eindeutige Bedingungen.

Wir wollen im Einklang mit der Strategie der USA und den europäischen Partnern die Reduzierung der Truppen 2011 beginnen. Der von uns angestrebte Abzug der Bundeswehr von 2013 bis 2015 entspricht dem Ziel der afghanischen Regierung, in diesem Zeitraum selbst die Sicherheitsverantwortung für ihr Land zu übernehmen. Bis dahin muss die internationale Gemeinschaft Afghanistan dabei unterstützen, dies auch gewährleisten zu können.

Klare Abzugsperspektive und überprüfbare Ziele für den Einsatz gefordert

Eine solche Abzugsperspektive für die deutschen Streitkräfte aus Afghanistan forderte der SPD-Vorsitzende von der Bundesregierung als Grundvoraussetzung für eine Zustimmung der Sozialdemokraten zu einem neuen Bundeswehrmandat. Des Weiteren müsse die Kanzlerin qualitative und quantitative Ziele für den deutschen Afghanistan-Einsatz entwickeln und ihre Einhaltung kontinuierlich und transparent durch Nichtregierungsstellen überprüfen lassen. Erst dadurch werde es „für das Parlament, aber auch für die deutsche Öffentlichkeit überprüfbar, ob unser Afghanistaneinsatz gerechtfertigt ist oder nicht und ob wir die richtigen Mittel einsetzen oder nicht“, betonte Gabriel.

SPD sieht zusätzliche Truppen mit großer Skepsis

Die von der schwarz-gelben Regierung geplante Truppenaufstockung kritisierte der SPD-Parteivorsitzende deutlich: „Wir sind nicht überzeugt davon, dass wir für diese Strategie 850 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten brauchen. Darüber werden wir hier im Deutschen Bundestag sicher noch heftig diskutieren“. Merkel müsse deutlich machen, ob ihre geplanten Truppenaufstockungen zwingend und klar zeitlich begrenzt sind. Außerdem müsse die Kanzlerin klarstellen, ob sie nachvollziehbar eine Beendigung der Beteiligung der deutschen Bundeswehr an bewaffneten Einsätzen für den Zeitraum 2013 bis 2015 herbeiführen will.

10-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier hat Richtung vorgegeben

Gabriel erinnerte in seiner Rede an die Vorlage für die jetzt durch die Bundesregierung übernommene Strategie: den Zehn-Punkte-Plan Frank-Walter Steinmeiers, den er bereits im Spätsommer 2009 vorgelegt hatte. Darin wird unter anderem eine massive Stärkung des zivilen Aufbaus gefordert, eine Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen, ein Dialog mit allen relevanten Kräften im Land sowie eine stärkere Einbeziehung von wichtigen internationalen Partnern wie China, Russland, Türkei und auch Iran. Ziel ist es, Afghanistan mittelfristig zu verlassen, ohne aber die Sicherheit und Stabilität des Landes zu gefährden.

Begriff „Krieg“ nicht leichtfertig verwenden

Außerdem warnte Gabriel vor einer leichtfertigen Verwendung des Begriffs „Krieg“. Es handle sich um einen Einsatz der Vereinten Nationen. Dabei „sind Soldatinnen und Soldaten so etwas wie „Weltpolizisten“ dort, wo die normalen polizeilichen Mittel versagen und nicht wirken. Sie sind eben keine Krieger,“ so Gabriel.

Kritik am langen Schweigen der Kanzlerin

Heftige Kritik äußerte Gabriel am wochenlangen Schweigen der Kanzlerin im Vorfeld der internationalen Afghanistan-Konferenz am 28. Januar in London gegenüber Parlament und Öffentlichkeit: „Wir mussten ja heute lesen, dass Ihr Außenminister erst gestern die Verbündeten über die neue Afghanistanstrategie der Bundesregierung informiert hat. ...Last-Minute sozusagen. Wer so kurzfristig auf internationale Konferenzen fährt, der muss sich nicht wundern, wenn er dabei am Katzentisch sitzt.“

In Verantwortung für den Einsatz in Afghanistan von Anfang an

Seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes 2001 steht für die SPD der politische und wirtschaftliche Aufbau im Mittelpunkt des internationalen Engagements. Das Ziel muss sein, die Eigenverantwortung Afghanistans zu stärken und damit die Voraussetzungen für ein Ende des militärischen Engagements zu schaffen. Dazu leisten die deutschen Soldaten, Polizisten und Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren Außerordentliches. Und dies geschieht unter schwierigsten und oft lebensbedrohlichen Bedingungen. Ihre wichtige Arbeit für mehr Sicherheit und Perspektiven für die Menschen gilt es zu unterstützen. Aufbauend auf dem 10-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier haben wir bereits zur Verlängerung des ISAF-Mandats am 3. Dezember 2009 einen Entschließungsantrag mit klaren Forderungen an die Bundesregierung für eine künftige Afghanistan-Strategie eingebracht. Mit unserer Afghanistan-Konferenz am 22. Januar unter Beteiligung von Experten haben wir die öffentliche Auseinandersetzung gesucht. In ihrem gemeinsamen Positionspapier haben Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel ihre Linie formuliert und die Debatte entscheidend vorangebracht.

ARBEIT

Konditionen für Kurzarbeit verbessern

Wir wollen eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der letzten Bundesregierung gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise fortführen und ergänzen: die Kurzarbeit. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit schützen - Konditionen für Kurzarbeit verbessern“ (Drs. 17/523) in den Bundestag eingebracht, der am 28. Januar im Plenum beraten wurde.

Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Finanzkrise konnte vor allem durch diese Regelung verhindert werden. Die OECD hat anderen Staaten empfohlen, die Regelung zu übernehmen. Auch Deutschland muss vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktprognosen an dem Instrument der Kurzarbeit festhalten. Die Prognosen für 2010 und darüber hin-

aus zeigen deutlich, dass Kurzarbeit auch weiterhin ein Hauptelement der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sein muss.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bereits spürbare Einschränkungen vorgenommen, die die Inanspruchnahme durch die Unternehmen spürbar zurückführen werden. Ab dem 1. Januar 2010 ist der Bezug von Kurzarbeitergeld auf 18 Monate begrenzt. Wir fordern stattdessen eine Ausdehnung der Zahlung auf 36 Monate, um einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermeiden und die Kurzarbeit finanziell attraktiv für die Arbeitgeber zu halten. Die Sozialbeiträge sollen nach dem Willen der Bundesregierung ab 2011 von den Arbeitgebern getragen werden. Die finanzielle Belastung für die Unternehmen in der Krise wird so spürbar steigen. Wir wollen weiterhin die Kostenübernahme durch die Bundesagentur für Arbeit, um diese Betriebe zu stützen.

Ferner sollen folgende Regelungen über Dezember 2010 hinaus verlängert werden:

- ein erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld (Nachweis Entgeltausfall von mehr als 10 Prozent),
- kein Abbau der Arbeitszeitkonten vor Bezug von Kurzarbeitergeld,
- die Möglichkeit für Zeitarbeitsfirmen mit ihren Leih-/Zeitarbeitern Kurzarbeit zu vereinbaren.

Nur durch eine vorausschauende, gestaltende Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie in die Wege geleitet haben, werden wir die Innovationskraft der deutschen Industrie in Zeiten der Krise bewahren können. Die geforderten gesetzlichen Regelungen sind eilbedürftig, da die Unternehmen schnellstmöglich Klarheit brauchen. Andernfalls drohen infolge von Kündigungs- und anderen Vorlauf Fristen Entlassungen in großem Umfang.

Ferienjobs nicht als regelmäßiges Einkommen anrechnen

Viele junge Menschen verdienen sich durch Ferienjobs etwas hinzu. Sie wollen sich damit kleine alltägliche Wünsche erfüllen. Gleichzeitig sammeln sie so erste Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt.

Bei Jugendlichen aus SGB II Bedarfsgemeinschaften wird aber das Einkommen aus einem Ferienjob als laufende Einnahme behandelt und in dem Monat, in dem es zufließt, auf das Sozialgeld angerechnet. Ein Ferienjob verliert dadurch nicht nur an Attraktivität. Es ist auch demotivierend, wenn Klassenkameraden den vollen Lohn zur Erfüllung von Wünschen behalten dürfen, junge Menschen aus SGB II Bedarfsgemeinschaften jedoch wesentliche Teile ihrer Einkünfte zur Bestreitung des allgemeinen Lebensunterhaltes der Familie einsetzen müssen.

Eine Beschäftigung von Jugendlichen während der Schulferien ist nach derzeitiger Rechtslage bis zu vier Wochen pro Kalenderjahr möglich. Die Beschäftigungszeit von vier Wochen braucht nicht zusammenhängend zu sein. Sie kann auf verschiedene Schulferien im Kalenderjahr verteilt werden. Der Arbeitgeber hat sich vor Beginn der Beschäftigung zu vergewissern, dass die vier Wochen noch nicht überschritten sind oder durch die Tätigkeit bei ihm überschritten werden.

Aus Gerechtigkeitsgründen aber auch aus Gründen der Chancengleichheit sollen angemessene Einnahmen aus einem Ferienjob künftig nicht als Einkommen im Sinne des SGB II berücksichtigt werden. Einen entsprechenden Antrag „Mehr Chancengleichheit für Jugendliche – Ferienjobs nicht als regelmäßiges Einkommen anrechnen“ (Drs. 17/524) haben wir in die parlamentarische Beratung eingebracht. Er wurde am 28. Januar im Bundestag debatiert. Es geht

dabei um Schüler, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen. Die Dauer der Ferienjobs darf insgesamt vier Wochen im Kalenderjahr nicht überschreiten. Angemessene Einnahmen sind solche, die Schüler typischerweise während einer Beschäftigung in der Ferienzeit erzielen.

AUSSEN

Abschiebungen nach Syrien beenden

In Deutschland lebende Flüchtlinge aus Syrien sollen nicht mehr ausgewiesen werden, solange in ihrer Heimat die Menschenrechte massiv verletzt werden. Parallel dazu soll jedoch weiterhin versucht werden, Syrien als wichtigen Akteur im Nahen Osten in die internationale Gemeinschaft einzubinden. Hierfür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem Antrag „Syrien – Abschiebungen beenden, politischen Dialog fortführen“ (Drs. 17/525), der am 28. Januar 2009 im Bundestag debattiert wurde, ein.

In Deutschland leben etwa 7.000 ausreisepflichtige Flüchtlinge aus Syrien. In jüngster Zeit wurde bekannt, dass abgeschobene Personen nach ihrer Einreise in Syrien verhaftet wurden. Deshalb ordnete die Bundesregierung an, Rückführungen von Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, nach Syrien mit besonderer Sorgfalt zu prüfen. Zugleich wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gebeten, vorerst keine Asylanträge mehr als offensichtlich unbegründet abzulehnen und Entscheidungen über Folgeanträge zurückzustellen.

Angesichts der kritischen Menschenrechtslage im Land setzen wir uns dafür ein, Flüchtlinge nicht mehr abzuschicken und das bilaterale Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Syrien zu kündigen. Unter den Ausreisepflichtigen sind auch viele (staatenlose) Kurden, die in Syrien zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Unabhängig von diesen flüchtlingspolitischen Forderungen halten wir es für nötig, den politischen Dialog mit Syrien fortzuführen und die Öffnung des Landes zu unterstützen. Ohne eine konstruktive Rolle Syriens ist eine politische Lösung des Nahostkonfliktes unwahrscheinlich.

Familie

Kinder wirksamer schützen

Am 28. Januar hat der Bundestag den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion mit Eckpunkten für ein grundlegendes Kinderschutzgesetz „Kinderschutz wirksam verbessern: Prävention im Kinderschutz optimieren – Förderung und Frühe Hilfen für Eltern und Kinder stärken“ (Drs. 17/498) beraten. Damit sind wir den Ankündigungen von Familienministerin Köhler einen entscheidenden Schritt voraus. Uns geht es vor allem darum, Eltern zu stärken, um Überforderungen zu vermeiden und das Kindeswohl von Anfang an zu schützen.

Ein Gesamtpaket für einen wirksamen Kinderschutz - kein Aktionismus

Damit Kinder besser vor Gefahren geschützt sind, ist ein umfassendes Gesamtkonzept nötig. Purer Aktionismus hilft nicht weiter. Als Grundlage für einen wirksamen Kinderschutz fordern wir erneut, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Des Weiteren setzen wir auf eine bessere und engere Zusammenarbeit von Jugendämtern, Ärzten, Behörden, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Zur besseren Vorbeugung gegen Kindesgefährdung sollen Kitas zu Eltern-Kinderzentren mit breitem Beratungsangebot ausgebaut werden. Wesentlich ist außer-

dem, die Schnittstelle zwischen der Kinder- und Jugendhilfe einerseits und dem Gesundheitswesen andererseits zu schließen.

Schwarz-gelbe Steuergeschenke konterkarieren Kinderschutz

Einen besseren Kinderschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Dazu ist ein handlungsfähiger und ausreichend finanzierter Staat unerlässlich. Deshalb fordern wir von Schwarz-Gelb, alle Maßnahmen, wie die Steuergeschenke an ihre Klientel, zu unterlassen oder rückgängig zu machen, die die Finanzkraft des Bundes, der Länder und der Kommunen schwächen und damit einen wirksamen Kinderschutz konterkarieren.

Umfassendes Kinderschutzgesetz von Regierung gefordert

Wir erwarten von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der den Kinderschutz wirksam verbessert und die Prävention im Kinderschutz stärkt. Bestehende Lücken in bundesgesetzlichen Regelungen, die eine Prävention von Kindesvernachlässigung und -misshandlung, eine Stärkung früher Förderung und früher Hilfen und die Förderung eines gesunden Aufwachsens erschweren, sollen geschlossen werden. Zudem soll Schwarz-Gelb ein bundeseinheitliches Präventionsgesetz vorlegen und die Erhebung der Jugendhilfestatistik verbessern. Schließlich soll die Bundesregierung dem Bundestag entsprechende Evaluationen und Berichte zu diesem Bereich vorlegen.

In der Großen Koalition war das Vorhaben eines Kinderschutzgesetzes gescheitert, da die Union anstatt vorbeugende Maßnahmen in den Mittelpunkt zu stellen auf Kontrolle und Repression setzte. Dies haben wir, unterstützt von vielen Expertinnen und Experten, abgelehnt.

FINANZEN

Lasten der Krise gerecht verteilen – Spekulationen eindämmen

Beständig wird aus den Reihen der Bundesregierung über Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen und Boni-Exzessen schwadroniert. Manches - so die Kanzlerin oder auch der Bundesfinanzminister und ihre Beamten - sei denkbar, möglich, wünschenswert; anderes dann aber eher nicht oder unter bestimmten Bedingungen doch. Manches gehe vielleicht national, vielleicht aber auch nicht - oder doch nur mit den USA, oder auch europäisch oder doch eher nicht. Klare Initiativen und jetzt schon ohne weiteres mögliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung - zum Beispiel zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni als Betriebsausgaben - werden allerdings nach wie vor nicht vorgelegt. Offensichtlich werden hier auch die einzelnen Instrumente - Finanztransaktionssteuer, Boni-Steuer/Abgabe; Bankensteuer/-abgabe - gegeneinander ausgespielt.

Das ist nach wie vor die Strategie von Merkel und Schäuble: Mit allgemeinem Gerede die Öffentlichkeit einlullen und besänftigen - aber im Konkreten den Banken und der Finanzindustrie nicht zu nahe treten.

Finanztransaktionssteuer einführen und Spekulationen begrenzen

Die SPD hat dazu eine klare und konkrete Gegenposition. Mit zwei Anträgen (Drs. 17/526, 17/527) fordern wir eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und der Einsetzung präventiver Maßnahmen, um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf Ebene der einzelnen Banken getroffen werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden.
- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiter zu führen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.
- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- unverzüglich Maßnahmen für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu ergreifen und umgehend für eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni zu sorgen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

Geschenk an Hoteliers rückgängig machen

Hohe Verluste für die öffentliche Hand durch geringere Steuereinnahmen und keine Vorteile für Hotelgäste in Deutschland sind das Ergebnis der schwarz-gelben Regierungspolitik. Die Realität beweist: zum Jahresbeginn stiegen die Preise für Hotelübernachtungen zum Teil sogar an. Dabei hat die schwarz-gelbe Koalition kurz zuvor den Hotels ein Geschenk in Form der Mehrwertsteuerermäßigung gemacht, um angebliche Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Diese Entwicklung belegt nun, dass die von der SPD kritisierten negativen Folgen aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ eintreten: Jährlich verliert die öffentliche Hand Steuereinnahmen aus der Absenkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers im Umfang von circa einer Milliarde Euro.

Steuervorteile von FDP erkauft

Dass die FDP dem Lobbyismus der Hotelbranche erlegen ist, ist spätestens mit der Millionenspende der Substantia AG an die liberale Partei offensichtlich. Skandalös ist, dass auf parlamentarischer Ebene Lobbyinteressen durchgesetzt werden, die zuvor durch eine saftige Parteispende von 1,1 Millionen Euro erkauft worden sind. Der Koalitionspartner CDU/CSU spielt dabei mit, um das Regierungsbündnis nicht zu gefährden. Dieses Vorgehen hat den Anschein eines käuflichen Staates und es besteht die Gefahr, der Korruption den Weg zu bereiten. Das steht im krassen Gegensatz zu unserer demokratischen Grundordnung und politischen Auffassung.

Schamlose Klientelpolitik zurück nehmen

Wir haben die FDP im Bundestag bereits aufgefordert, die Spende der Substantia AG zurückzuzahlen. In einem Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Drs. 17/520) fordern wir nun, die unsinnige Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent zurückzunehmen. Die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist eine eklatante politische Fehlentscheidung der Koalition von CDU/CSU und FDP. Die von der Deutscher Hotel und Gaststättenverband (DEHOGA) in Aussicht gestellte spürbare Senkung der Übernachtungspreise in Deutschland bleibt erwartungsgemäß aus. Ein Wachstumseffekt ist nirgends erkennbar, es werden weder die Auslastung noch die Beschäftigung dieser Betriebe steigen. Auch die Warnungen vor zusätzlichem bürokratischem Aufwand bestätigen sich und

veranlassten die Wirtschaftsverbände bereits zum öffentlichen Aufruf an die Bundesregierung nach Abmilderung der Lohnsteuerfolgen der Neuregelung.

Rückschritt zur Bimbepolitik à la Kohl

Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte besteht für diese Steuergeschenke keinerlei finanzieller Spielraum. Niemand hat dafür Verständnis und die schamlose Klientelpolitik lässt vielmehr einen Rückschritt in die Bimbepolitik unter Helmut Kohl befürchten.

RECHT

Sexuelle Identität im Grundgesetz schützen

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz aufgenommen wird. Es geht vor allem um die Stärkung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, transsexuellen und intersexuellen Menschen. Ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot im Grundgesetz schafft eine klare Maßgabe für den Gesetzgeber. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf (Drs. 17/254) eingebracht, der am 29. Januar 2010 in 1. Lesung im Bundestag beraten wurde.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich 1949 aufgrund der furchtbaren Erfahrungen in der Zeit des Nazi-Regimes dafür entschieden in Artikel 3 Absatz 3 zu verankern, welche persönlichen Merkmale als Anknüpfungspunkt von Diskriminierung schlechthin ausscheiden: Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glauben, religiöse und politische Anschauungen.

Dabei hat man damals zwei Opfergruppen der NS-Zeit übergangen: Behinderte und Homosexuelle. Mit der Reform des Grundgesetzes wurde 1994 das Verbot der Benachteiligung aufgrund der Behinderung aufgenommen. Auch für ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität gab es damals schon eine Mehrheit, wenn auch nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit.

Sexuelle Identität darf kein Anlass für Diskriminierungen sein. Artikel 3 des Grundgesetzes ist dafür genau der richtige Platz, um das deutlich zu machen.

Nachdem sich der Bundesrat mit seiner Mehrheit aus Union und FDP in beschämender Weise einem entsprechenden Antrag verweigert hat, ist die SPD-Bundestagsfraktion tätig geworden. In der Abstimmung wird sich zeigen, was von den vielen Bekenntnissen der FDP zum liberalen Rechtsstaat und zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu halten ist. Ihr bisheriges Verhalten zu diesem Thema war jedenfalls ein Armutszeugnis.

UMWELT

Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen

Nach dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen (COP15) im Dezember 2009 ist die Weltgemeinschaft angesichts der drohenden Gefahren bei Fortschreiten des Klimawandels gefordert, erneute Anstrengungen für ein verbindliches Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls zu unternehmen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen“ (Drs. 17/522) in den Bundestag eingebracht, der am 28. Januar vom Parlament beraten wurde.

Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist gescheitert. Das von einer Gruppe aus 26 Staaten erarbeitete Abschlussdokument, der Copenhagen Accord, wurde vom Plenum der 194 Vertragsstaaten nur formal zu Kenntnis genommen. Der Klimawandel, vielfach als größte Herausforderung beschworen, muss auf der Agenda der Völkergemeinschaft bleiben. Wir verlangen von Bundesregierung und Kanzlerin nun dafür zu sorgen, dass Deutschland und die Europäische Union die Vorreiterrolle für ein völkerrechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen (VN) nicht weiter gefährden. Dazu ist es notwendig, Glaubwürdigkeit gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern zurück zu gewinnen.

Deutschland und EU müssen Vorreiter sein

In unserem Antrag fordern wir erneut, dass die Europäische Union das Ziel einer Senkung ihrer Treibhausgasemissionen von 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990, unabhängig von den Reduktionszielen anderer Staaten, beschließt und damit den Prozess in den VN stärkt. Gleichzeitig muss die Europäische Union die bilaterale Abstimmung intensivieren und ihre diplomatischen Möglichkeiten umfassend nutzen.

Die EU soll noch vor den Klimaverhandlungen in Bonn, die im Juni dieses Jahres stattfinden, konkrete Angebote über die Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsstrategien in den Entwicklungsländern unterbreiten. Bei einem notwendigen Volumen von mindestens 100 Milliarden Euro im Jahr 2020 beträgt der Anteil der EU etwa 30 Milliarden Euro.

Deutschland muss Glaubwürdigkeit stärken

Zur Stärkung ihrer internationalen Glaubwürdigkeit soll Deutschland vom Copenhagen Accord unabhängige, eigene Vorstellungen vorantreiben und erstmals verbindliche über 2020 hinausgehende langfristige und anspruchsvolle Klimaziele festlegen sowie diese in einem Klimaschutzgesetz beschließen. Deutschland soll darin bis 2020 eine Verminderung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent und bis 2050 von 80 – 95 Prozent gegenüber 1990 festschreiben, ohne dies an Voraussetzungen für Minderungsziele anderer Länder zu knüpfen.

Zögern und Zaudern Merkels hat Verhandlungen gebremst

Merkels Taktik, erst in der letzten Phase der Verhandlungen Angebote zu machen ist in Kopenhagen nicht aufgegangen. Die Europäische Union und Deutschland haben es durch ihr langes Zögern sowohl beim Reduktionsziel als auch bei den Finanzierungszusagen versäumt, den Verhandlungsprozess voranzubringen. Nicht ohne Grund wurde die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer Haltung, finanzielle Hilfen im Klimaschutz nicht als zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit leisten zu wollen, zum „Fossil of the Day“ gekürt.

WIRTSCHAFT

Nachhaltige Wirtschaftsstrategie gefordert

Auch der Jahreswirtschaftsbericht 2010 den die Bundesregierung am 28. Januar im Bundestag vorgestellt hat, zeigt: Es steht uns ein schwieriges Jahr bevor. Nach wie vor glaubt Schwarz-Gelb jedoch an die starke Beschleunigung des Wirtschaftswachstums durch weitere Steuersenkungen. Aber trotz starker Steuerentlastungen bereits zu Beginn des laufenden Jahres zeigt das Wirtschaftswachstum mit real 1,4 Prozent wie von uns und vielen Experten erwartet, längst nicht die von der Koalition angekündigte Wirkung. Die SPD-Bundestagsfraktion stellt der Klientel- und Verschuldungspolitik von Union und FDP in ihrem Antrag „Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen“ (Drs. 17/521) ein eigenes Konzept entgegen.

Weichen jetzt richtig stellen

Jetzt müssen zentrale Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden. Wenn die Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie notwendig, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Wir wollen nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und gerechte Teilhabe. Unser Konzept ist die sozialverantwortliche Alternative zur Rat- und Tatenlosigkeit des Bundeswirtschaftsministers.

Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft

Unser Hauptaugenmerk liegt darin, eine neue Investitionskultur zu schaffen. Die verstärkte Förderung privater und öffentlicher Investitionen setzt Anreize für Unternehmen und unterstützt Forschung, Entwicklung und Innovationen. Außerdem brauchen wir eine neue Balance von Exporten und Binnennachfrage. Nur so werden wir eine zukunftsfähige Politik gestalten können.

Unsere Hauptforderungen sind:

- Private und öffentliche Investitionen müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür kommen vor allem Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden.
- Gleichmaßen bedarf es eines massiven Impulses bei den öffentlichen Investitionen für bessere Bildung in Deutschland. Mit einer Bildungsoffensive sind die Investitionen in Bildung zu erhöhen.
- Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte Stärkung der Binnenwirtschaft zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.
- Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur Stabilisierung der Finanzmärkte sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen.
- Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die Kreditversorgung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.
- Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Darüber hinaus muss ein neues Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen.

Mit Schwarz-Gelb droht wirtschaftlicher Stillstand

Nach wie vor setzt die Bundesregierung auf weitreichende zusätzliche Steuerentlastungen „möglichst zum 1. Januar 2011“. Gleichzeitig will sie ab 2011 die neue Schuldenregel einhalten und den Bundeshaushalt grundlegend konsolidieren.

Bundesregierung und Regierungskoalition glauben und pflegen immer noch ihre Lebenslüge, dass massive Steuersenkungen zwangsläufig ein rasant wachsendes Wirtschaftswachstum auslösen - ein Unsinn, für den jegliche Empirie und ernsthafte Unterstützung durch Experten fehlt. Zudem zeigt ein Blick in die Geschichte der 80er und 90er Jahre, dass derartige Konzepte

misslingen. Ansonsten steht bezogen auf die konkrete Ausgestaltung der Steuersenkungs- und Konsolidierungspläne der Bundesregierung auch im Jahreswirtschaftsbericht 2010 nichts Neues.

Der Jahreswirtschaftsbericht schreibt in den einschlägigen Passagen lediglich die Koalitionsvereinbarung ab. Nach wie vor werden vor der NRW-Wahl alle Schotten dicht gehalten.